

Handbuch Rechtsschutz in der Europäischen Union

Karpenstein / Kotzur / Vasel

4. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-75695-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Karpenstein/Kotzur/Vasel
Handbuch Rechtsschutz in der Europäischen Union



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Rechtsschutz in der Europäischen Union

Herausgegeben von

Dr. Ulrich Karpenstein

Rechtsanwalt in Berlin

Prof. Dr. Markus Tobias Kotzur

Prodekan für Internationales und Forschung und
Professor für Europa- und Völkerrecht an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Johann Justus Vasel

Juniorprofessor für Öffentliches Recht und Rechtsfragen der
künstlichen Intelligenz an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Bearbeitet von

Dr. Katarína Andová, Attaché beim Kanzler des Gerichtshofs der Europäischen Union, Luxemburg; *Prof. Dr. Daniel Dittert*, Referentsleiter am Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg; *Dr. Ulrich Forsthoff*, Rechtsreferent am Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg; *Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz*, Universität Bonn; *Ludmila Hustus*, Universität Heidelberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof; *Dr. Ulrich Karpenstein*, Rechtsanwalt, Berlin; *Dr. Matthias Kottmann*, Rechtsanwalt, Berlin; *Prof. Dr. Markus Kotzur*, Universität Hamburg; *Maria Krausenböck*, Verwaltungsrätin der Kanzlei des Gerichtshofs der Europäischen Union, Luxemburg; *Prof. Dr. Christoph Krönke*, Universität Bayreuth; *Dr. Gregor Maderbacher*, Rechtsanwalt, Wien; *Prof. Dr. Peter Mankowski*, Universität Hamburg; *Andreas Müller*, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Düsseldorf; *Dr. Jan Neumann*, Richter am Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen; *Dr. Marc Ruttloff*, Rechtsanwalt, Berlin; *Prof. Dr. Kyrill-Alexander Schwarz*, Universität Würzburg; *Dr. Roya Sangi*, Rechtsanwältin, Berlin; *Prof. Dr. Johann Justus Vasel*, Universität Düsseldorf.

4. Auflage 2024




beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 75695 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Mit der vorliegenden vierten Auflage übernimmt ein neues Herausgaberteam die Verantwortung für das „Handbuch des Rechtsschutzes in der Europäischen Union“. Wir danken den Begründern und bisherigen Herausgebern des Werks, Hans-Werner Rengeling, Andreas Middeke und Martin Gellermann ebenso wie dem Verlag C. H. Beck herzlich für das in uns gesetzte Vertrauen. Gerne knüpfen wir an das bewährte Konzept und die bisherigen Strukturen des Handbuchs an. Dass ein Jahrzehnt nach der letzten Neuauflage Änderungen dennoch nicht ausbleiben, liegt auf der Hand. Verbunden mit großem Dank an die ausscheidenden Autorinnen und Autoren heißen wir die „Neuen“ herzlich willkommen und freuen uns auf deren – expertisegestützte – frische Perspektiven. Die rechte Balance zwischen theoretischer Reflexion und praktischen Einblicken ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Handbücher gleichen – um eine berühmte verfassungsbezogene Metapher des kanadischen Supreme Court in Abwandlung aufzugreifen – „living trees“: Sie setzen Jahresringe an und wachsen. So frucht- und mitunter unvermeidbar solche Wachstumsprozesse sind, haben wir im Bemühen um den rechten Fokus und notwendige Konzentration doch auch neue Akzente gesetzt und Abschnitte gestrichen, die aus unserer Sicht entweder an Relevanz verloren haben oder andernorts – anders kontextualisiert – besser nachzulesen sind. Wandel und Kontinuitäten im Integrationsprozess respektive Unionsrecht waren dafür wegleitend.

Effektiver Rechtsschutz und vertrauensstiftende Rechtsdurchsetzung im europäischen Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungsverbund haben an Relevanz, gerade auch an Grundrechtsrelevanz noch hinzugewonnen. Zu denken ist etwa an den Rechtsschutz gegen die europäischen Agenturen (besonders grundrechtssensibel: FRONTEX) oder an die Durchsetzung der Charta-Grundrechte durch nationale (Verfassungs-)Gerichte (wie neuerdings auch vom deutschen Bundesverfassungsgericht in Anspruch genommen). Die gleichermaßen umstrittene wie komplexe Frage, welche Rolle (wenn überhaupt) Gerichte als politische Akteure spielen sollten, wird durch aktuelle Entwicklungen im Bereich der „strategic litigation“ – Stichwort Klimaklagen – befeuert. Durch die Abschaffung des einzig existierenden Fachgerichts hat sich, ohne Primärrechtsänderung, die Struktur des Gerichtshofs der Europäischen Union stark verändert. Nicht nur quantitativ wächst die Bedeutung des EuG. Von übergreifender – und vielleicht noch grundsätzlicherer – Bedeutung ist der Einfluss multipler (teils nur disruptiver, oft transformativer) Krisen auf den Integrationsprozess: insbes. die Covid19-Pandemie, die Flüchtlingsschutz- und Migrationskrise, die Rechtsstaatskrise (insbes. in Polen und Ungarn), erstarkende Populismen und wachsende Integrationszweifel, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und jüngst der Krieg im Nahen Osten. Je weniger selbstverständlich das Integrationsprojekt im Bewusstsein der Unionsbürgerinnen und -bürger bewusst ist, umso wichtiger wird Stärkung der Bürgerstellung durch die dritte Gewalt. Die Rolle von Prozess-, Verfahrens-, Geschäftsordnungen und anderen vermeintlichen technischen Regelungen für eine bürgernahe europäische Rechtsgemeinschaft sollte keinesfalls unterschätzt werden. Auch und gerade dazu will vorliegendes Handbuch seinen Beitrag leisten.

Die Herausgeber sind den an der Erstellung des Handbuchs beteiligten Autorinnen und Autoren aus der Wissenschaft und Praxis zu größtem Dank verpflichtet, ebenso dem Verlag C. H. Beck, namentlich Frau Barbara Schmid, Herrn Dr. Thomas Schäfer und Frau Gabriele Atzenhofer. Dank schulden wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen bei Recherche-, Aktualisierungs- und Korrekturarbeiten: Luca Scheid (Berlin), Jannik Luhm und Christian Kisczio (Hamburg), Andreas P. Müller, Annika Heck und Lasse Zehler (Düsseldorf).

Berlin/Hamburg/Düsseldorf, im November 2023

Ulrich Karpenstein
Markus Kotzur
Johann Justus Vasel



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI

1. Teil. Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof

Erster Abschnitt. Grundlagen europäischer Rechtskontrolle	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Der EuGH als Rechtsprechungsorgan	16
§ 3 Die Organisationsstruktur der Europäischen Gerichtsbarkeit	24
§ 4 Funktionen und funktionelle Zuständigkeit der europäischen Gerichte ...	49
Zweiter Abschnitt. Direktklagen	67
§ 5 Überblick über die Klage- und Verfahrensarten	67
§ 6 Vertragsverletzungsverfahren	112
§ 7 Nichtigkeitsklagen	147
§ 8 Untätigkeitsklagen	194
§ 9 Amtshaftungsklagen	209
Dritter Abschnitt. Zwischen- und Inzidentverfahren	230
§ 10 Das Vorabentscheidungsverfahren	230
§ 11 Inzidente Normenkontrolle	274
§ 12 Prozesshindernde Einrede und Zwischenverfahren	287
Vierter Abschnitt. Sonstige Klage- und Verfahrensarten	296
§ 13 Klagen betreffend die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Zentralbank (EZB)	296
§ 14 Klagen aufgrund vertraglicher Schiedsklauseln	319
§ 15 Klagen aufgrund von Schiedsverträgen	329
§ 16 Gutachten und Vorschläge	337
§ 17 Einstweiliger Rechtsschutz	344
Fünfter Abschnitt. Das Gerichtsverfahren vor dem EuGH und dem Gericht der EU	390
§ 18 Allgemeines und Verfahrensgrundsätze	390
§ 19 Die Verfahrensbeteiligten	406
§ 20 Das schriftliche Verfahren	433
§ 21 Beweisrecht	452
§ 22 Das mündliche Verfahren	468
§ 23 Abweichungen vom normalen Verfahrensablauf	476
§ 24 Die gerichtlichen Entscheidungen	490
§ 25 Rechtsmittel, Rechtsbehelfe und Überprüfungsverfahren	507
§ 26 Kostenrecht	536
§ 27 Fristversäumnis und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	553
Sechster Abschnitt. Durchsetzung unionsrechtlicher Titel	558
§ 28 Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	558

Inhaltsübersicht

§ 29 Durchführung der Zwangsvollstreckung	565
§ 30 Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	570

2. Teil. Rechtsschutz durch deutsche Gerichte

§ 31 Rechtsschutz durch das Bundesverfassungsgericht	581
§ 32 Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	647
§ 33 Rechtsschutz im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit	695

3. Teil. Rechtsschutz im Straf- und Bußgeldrecht

§ 34 Strafgerichtsbarkeit	771
Sachverzeichnis	951


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XVII

1. Teil. Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof

Erster Abschnitt. Grundlagen europäischer Rechtskontrolle	1
§ 1 Einleitung	1
A. Rechtsgrundlagen der Europäischen Union	2
B. Rechtsschutz in der Europäischen Union	10
I. Allgemeine Bedeutung	10
II. Gerichtliche Kontrolle	11
§ 2 Der EuGH als Rechtsprechungsorgan	16
A. Überblick	17
I. Einleitung	17
II. Bedeutung, Stellung und Wirkung des Gerichtshofes	17
B. Rechtliche Grundlagen des Gerichtshofes	20
I. Primärrecht	20
II. Satzung	20
III. Verfahrensordnungen	21
1. Gerichtshof	21
2. Zusätzliche Verfahrensordnung	21
3. Gericht	21
IV. Sonstiges	22
1. Dienstanweisungen	22
2. Vorabentscheidungsempfehlung	22
3. Praktische Anweisungen	22
4. Geschäftsverteilung	22
5. Der digitale Gerichtshof	23
§ 3 Die Organisationsstruktur der Europäischen Gerichtsbarkeit	24
A. Äußere Organisationsstruktur des Gerichtshofes	25
I. Allgemeines	25
II. Grundlegende Reformen	27
1. Der Vertrag von Nizza	27
a) Erweiterter Zuständigkeitsbereich	28
b) Einführung „gerichtlicher Kammern“	29
2. Der Vertrag von Lissabon	30
3. Reformvorschlag 2022 für das EuG und das Vorabentscheidungsverfahren	31
a) Hintergrund	31
b) Inhalt und Umfang des Reformvorschlags	31
c) Kritik	32
B. Zusammensetzung	33
I. Zusammensetzung des Gerichtshofs (EuGH)	33
1. Richter	33
2. Generalanwälte	35

II. Zusammensetzung des Gerichts (EuG)	38
III. Zusammensetzung der Fachgerichte	39
C. Innere Organisation der Europäischen Gerichte	41
I. Gerichtsverwaltung	41
1. Die Präsidenten der einzelnen Gerichte	41
2. Die Kanzler	41
II. Spruchkörper	42
1. Plenum	42
2. Große Kammer	43
3. Kammern	43
4. Beschwerdekammern	44
5. Einzelrichter	44
III. Zuständigkeiten	45
IV. Instanzenzug	46
V. Kompetenzkonflikte	47
§ 4 Funktionen und funktionelle Zuständigkeit der europäischen Gerichte ...	49
A. Allgemeines	51
B. Aufgabe der Europäischen Gerichte	51
I. Auslegung des Rechts	54
II. Anwendung des Rechts	59
1. Unionsrecht	59
2. Völkerrecht	59
3. Nationales Recht der Mitgliedstaaten	59
C. Sachliche Zuständigkeit der Gerichte	60
D. Gerichtsbarkeiten im europäischen Rechtssystem	61
I. Verfassungsgerichtsbarkeit	61
II. Verwaltungsgerichtsbarkeit	62
III. Zivilgerichtsbarkeit	63
IV. Strafgerichtsbarkeit	64
V. Sonstige Funktionen	66
Zweiter Abschnitt. Direktklagen	67
§ 5 Überblick über die Klage- und Verfahrensarten	67
A. Einleitung	69
B. Rechtsgrundlagen	70
C. Übersicht/Grundsätze	70
D. Zulässigkeit	71
I. Allgemeines	71
II. Zulässigkeit des Antrags selbst	71
1. Gesonderte Antragsschrift	71
2. Zuständigkeit	71
3. Zeitpunkt; keine Frist	71
4. Form und Inhalt	72
5. Akzessorietät	72
6. Antrag	74
a) Bestimmtheit des Antrags	74
b) Beantragte Maßnahme im Rahmen der Zuständigkeit des Richters	74
c) Flankierende Maßnahmen; Zwangsgeld	76
7. Rechtsschutzinteresse	76
III. Zulässigkeit des Hauptsacheverfahrens	77
IV. Prüfung von Amts wegen	78

E. Begründetheit	78
I. Allgemeines	78
1. Drei (kumulative) Voraussetzungen	78
2. Wechselwirkung	79
II. Dringlichkeit	80
1. Allgemeines	80
2. Eigener Schaden	80
3. Kausal- und Wertungszusammenhang zwischen Rechtsverletzung und drohendem Schaden	82
4. Vermeidbarkeit des Schadens/Schadensabwehr – Risikogeneithet der Geschäftspolitik	83
5. Hinreichende Wahrscheinlichkeit eines nahen Schadenseintritts	83
6. Natur des Schadens – schwer und irreparabel	84
a) Die Unterscheidung zwischen Irreparabilität und Schwere	84
b) Definitionsmacht des Antragstellers; kein numerus clausus	84
c) Ausnahme: Dringlichkeit auch ohne Irreparabilität im Vergaberecht	84
d) Ausnahme: Analoge Erweiterung der Rechtsprechung im Vergaberecht?	84
e) Ausnahme: Spielraum des Richters des einstweiligen Rechtsschutzes	84
f) Ausnahme: Erhebliche Verletzung wichtiger Grundrechte	85
7. Irreparabilität	85
a) Entwicklung der Rechtsprechung	85
b) Die Unterscheidung zwischen finanziellen und anderen Schäden	86
c) Irreparabler finanzieller Schaden – Dienstleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV	86
d) Irreparabler finanzieller Schaden – Schaden nicht bezifferbar	86
e) Irreparabler finanzieller Schaden – Existenzgefährdung	87
f) Verlust von Marktanteilen	89
8. Schwere	93
9. Geeignetheit der beantragten Maßnahme, den Schaden abzuwehren	93
10. Prüfung; Darlegungs- und Beweislast	94
III. Fumus boni juris	95
IV. Interessenabwägung	96
F. Entscheidung	97
I. Aussetzung	97
II. Einstweilige Anordnung	98
III. Rechtsfolge/Rechtswirkungen	99
G. Verfahren	100
I. Gesonderter Schriftsatz; Aktenführung	100
II. Kontradiktorisches Verfahren	100
III. Fristen; Sprache; Dauer	101
IV. Entscheidung	101
H. Besondere Verfahrensgestaltungen	102
I. Zwischenverfügung; inaudita alter parte	102
II. Neuer Antrag	102
III. Abänderung/Aufhebung	103

IV. Rechtsmittel	103
V. Intervention	104
I. Besonderheiten in bestimmten Rechtsmaterien	105
I. Vergaberecht	105
1. Allgemeines, Entwicklung der Rechtsprechung	105
2. „Besonders ernsthafter fumus“	106
3. Stellung des Antrags vor Ablauf der Stillhaltefrist	106
4. Ausnahme: Unbeachtlichkeit des Fristablaufs	106
5. Schwere Schaden	107
6. Sonderfall: es gilt keine Stillhaltepflicht	107
7. Prüfung im Übrigen	108
8. Bewertung	108
II. Vertrauliche Informationen	108
III. Restriktive Maßnahmen	110
§ 6 Vertragsverletzungsverfahren	112
A. Allgemeines	113
I. Rechtsgrundlagen	113
II. Wesen und Bedeutung des Vertragsverletzungsverfahrens	113
B. Zulässigkeit	116
I. Europäische Gerichtsbarkeit	116
II. Sachliche Zuständigkeit	116
III. Klageberechtigung und Klagebefugnis	117
IV. Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	118
1. Aufsichtsklage der Kommission gem. Art. 258 AEUV	118
a) Mahnschreiben	119
b) Begründete Stellungnahme	121
c) Frist	123
d) Pflicht zur Verfahreseinleitung?	124
2. Vertragsverletzungsverfahren zwischen einzelnen Mitgliedstaaten gem. Art. 259 AEUV	125
a) Anhörungsverfahren der Mitgliedstaaten vor der Kommission	125
b) Begründete Stellungnahme	126
c) Frist	127
3. Entbehrlichkeit des Vorverfahrens	128
V. Form	128
1. Ordnungsgemäße Klageerhebung	128
2. Identität des Streitgegenstandes	129
VI. Klagefrist/Verwirkung des Klagerechts	130
VII. Klagegegner	130
VIII. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	130
C. Begründetheit	132
I. Rechtsverstoß des Mitgliedstaates	132
1. Staatliche Funktionen	132
2. Öffentliche Unternehmen und Private	134
II. Vertragspflichtverletzung	135
III. Verteidigungsmöglichkeiten des beklagten Mitgliedstaates	137
D. Die abschließende Entscheidung	139
I. Feststellungsurteil	139
II. Durchsetzung des vertragskonformen Zustands	140
1. Finanzielle Sanktionen	141
2. Erneutes Vertragsverletzungsverfahren ohne finanzielle Sanktionen	144

3. Politische Mittel	144
4. Staatshaftung	145
E. Praktische Hinweise	145
I. Beschwerde bei der Kommission	145
II. Vertragsverletzungsverfahren	146
§ 7 Nichtigkeitsklagen	147
A. Einleitung	148
I. Allgemeines	148
II. Verhältnis zu anderen unionsrechtlichen Rechtsbehelfen	149
B. Zulässigkeit	151
I. Sachliche Zuständigkeit	151
II. Verfahrensbeteiligte	152
1. Klageberechtigte	152
a) Privilegiert Klageberechtigte	152
b) Teilprivilegiert Klageberechtigte	154
c) Nichtprivilegiert Klageberechtigte	155
2. Klagegegner	156
III. Klagegegenstand	158
IV. Klagebefugnis	162
1. Klagebefugnis der privilegierten und teilprivilegierten Kläger	162
2. Klagebefugnis der natürlichen und juristischen Personen	163
a) Adressatenstellung	163
b) Unmittelbare und individuelle Betroffenheit	163
c) Klagen natürlicher und juristischer Personen gegen Rechtsakte mit Verordnungscharakter	172
V. Geltendmachung der Klagegründe	176
VI. Klagefrist	177
VII. Rechtsschutzbedürfnis	179
VIII. Sonstige Voraussetzungen	180
C. Begründetheit	180
I. Unzuständigkeit	181
II. Verletzung wesentlicher Formvorschriften	182
III. Vertragsverletzung	184
IV. Ermessensmissbrauch	186
D. Nichtigkeitsurteil	188
E. Praktische Hinweise	190
I. Allgemeine Hinweise	190
II. Muster einer Klageschrift	191
§ 8 Untätigkeitsklagen	194
A. Allgemeines	194
B. Zulässigkeit	195
I. Sachliche Zuständigkeit	195
II. Verfahrensbeteiligte	195
1. Klageberechtigte	195
a) Privilegiert Klageberechtigte	196
b) Nichtprivilegiert Klageberechtigte	197
2. Klagegegner	197
III. Klagegegenstand	198
IV. Klagebefugnis	199
1. Privilegiert Klageberechtigte	199
2. Nichtprivilegiert Klageberechtigte	199
a) Klagen von Adressaten unterlassener Rechtsakte	200
b) Klagen mit Drittbezug	200

c) Keine Klagebefugnis Einzelner bezüglich unterlassener Rechtsakte mit Verordnungscharakter	200
V. Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	201
1. Aufforderung an das betreffende Organ	201
2. Fristen	202
3. Fehlende Stellungnahme	202
VI. Klagefrist	203
VII. Rechtsschutzbedürfnis	204
VIII. Anforderungen an die Klageschrift	205
C. Begründetheit	206
I. Unionsrechtliche Handlungspflicht	206
II. Rechtswidrige Untätigkeit	206
D. Feststellungsurteil	207
E. Praktische Hinweise	208
§ 9 Amtshaftungsklagen	209
A. Allgemeines	210
I. Grundlagen	210
II. Wesen und Bedeutung der Amtshaftungsklagen	211
B. Zulässigkeit	212
I. Sachliche Zuständigkeit	212
II. Parteifähigkeit	213
1. Aktive Parteifähigkeit	213
2. Passive Parteifähigkeit	213
III. Vorverfahren	214
IV. Ordnungsgemäße Klageerhebung	214
V. Verjährung	215
VI. Rechtsschutzbedürfnis	216
1. Verhältnis zu anderen unionsrechtlichen Rechtsschutzmöglichkeiten	216
2. Verhältnis zu nationalen Rechtsbehelfen	217
C. Begründetheit	219
I. Haftungsbegründende Voraussetzungen	220
1. Organe und Bedienstete	220
2. Ausübung einer Amtstätigkeit	221
a) Arten des haftungsbegründenden Verhaltens	221
b) Handeln in Ausübung der Amtstätigkeit	222
3. Rechtswidrigkeit	222
a) Verletzung einer Schutznorm	223
b) Hinreichend qualifizierte Verletzung	224
c) Keine Haftung für rechtmäßiges Verhalten	225
4. Kein Verschuldenserfordernis	226
5. Schaden	226
6. Kausalität	227
II. Rechtsfolge: Schadensersatz	228
1. Art der Ersatzleistung	228
2. Umfang des Ersatzanspruchs	228
3. Verzinsung	229
D. Die abschließende Entscheidung	229
Dritter Abschnitt. Zwischen- und Inzidentverfahren	230
§ 10 Das Vorabentscheidungsverfahren	230
A. Allgemeines	232
I. Bedeutung	232

II. Wesen	233
III. Funktionen	234
1. Einheitliche Auslegung und Anwendung	235
2. Fortentwicklung des Unionsrechts	235
3. Individualrechtsschutz	236
IV. Statistisches	236
V. Rechtsgrundlagen	237
B. Zulässigkeit	238
I. Zuständigkeit	238
II. Vorlageberechtigung	239
III. Vorlagegegenstand	242
1. Auslegungsfragen	242
a) Auslegung der Verträge	242
b) Auslegung von Handlungen der Organe	244
2. Gültigkeitsfragen	245
a) Handlungen der Organe	245
b) Bestandskraft/Verhältnis zur Nichtigkeitsklage	246
IV. Entscheidungserheblichkeit	246
1. Anhängiger Ausgangsrechtsstreit	247
2. Entscheidungserhebliche Vorlagefrage	248
V. Vorabentscheidungsersuchen	248
1. Vorlagefragen	249
2. Begründung	250
C. Vorlagepflicht	251
I. Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	251
1. Verpflichtete Gerichte	252
2. Ausnahmen von der Vorlagepflicht	253
II. Vorlagepflicht für Gültigkeitsfragen	255
III. Durchsetzung der Vorlagepflicht	256
1. Vertragsverletzungsverfahren	257
2. Staatshaftung	257
3. Verfassungsbeschwerde	258
4. Menschenrechtsbeschwerde	259
D. Verfahren	259
I. Verfahren auf nationaler Ebene	260
1. Vorlage von Amts wegen	260
2. Vorlagebeschluss	260
3. Bestand des Vorlagebeschlusses	261
II. Verfahren vor dem Gerichtshof	263
1. Behandlung des Vorabentscheidungsersuchens	263
2. Schriftliches Verfahren	264
3. Mündliches Verfahren	265
4. Beschleunigtes Verfahren und Eilvorabentscheidungsverfahren	266
a) Beschleunigtes Verfahren	267
b) Eilvorabentscheidungsverfahren	268
E. Die Vorabentscheidung	269
I. Auslegungsentscheidungen	269
1. Bindungswirkung im Ausgangsverfahren	269
2. Bindungswirkung	270
3. Zeitliche Wirkung	271
II. Gültigkeitsentscheidungen	272
III. Kosten und Prozesskostenhilfe	273

§ 11 Inzidente Normenkontrolle	274
A. Allgemeines	274
I. Dogmatik und Funktion	274
II. Historische Entwicklung	276
B. Formelle Voraussetzungen	277
I. Anhängigkeit eines anderweitigen Rechtsstreits vor den Unionsgerichten	277
II. Zuständigkeiten des EuGH/EuG	278
III. Entscheidungserheblichkeit	279
IV. Rügegegenstand	280
1. Zum Merkmal der „allgemeinen Geltung“	280
2. Differenzierung nach Art des Rechtsaktes	280
V. Rügeberechtigung	281
1. Nicht-privilegierte Kläger	281
2. Privilegierte Kläger	281
3. Streithelfer	282
VI. Form / Prüfung von Amts wegen	282
VII. Kein Fristerfordernis	283
VIII. Prälusion	283
C. Materielle Voraussetzungen	284
D. Wirkungen einer erfolgreichen Inzidentrüge	284
§ 12 Prozesshindernde Einrede und Zwischenverfahren	287
A. Allgemeines	287
I. Rechtsgrundlagen und Funktion	287
II. Abgrenzung zur inzidenten Normenkontrolle	288
B. Voraussetzungen	288
I. Statthafter Antragsgegenstand	288
1. Prozesshindernde Einrede	289
2. Andere Zwischenstreitigkeiten	290
II. Statthafte Verfahrensart	291
III. Antragsberechtigung	292
IV. Begründeter Antrag	292
V. Frist	293
C. Ablauf des Zwischenverfahrens	293
I. Fristsetzung nach Ermessen des Präsidenten	293
II. Mündliche Verhandlung nach Ermessen	294
III. Anhörung des Generalanwalts	294
D. Entscheidung der Unionsgerichte	294
Vierter Abschnitt. Sonstige Klage- und Verfahrensarten	296
§ 13 Klagen betreffend die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Zentralbank (EZB)	296
A. Allgemeines	297
I. Rechtsgrundlagen	297
1. Die Europäische Investitionsbank	298
2. Die Europäische Zentralbank	300
II. Wesen und Bedeutung dieser Klagen	301
B. Klagen betreffend die Erfüllung von Verpflichtungen	306
I. Zulässigkeit der Klagen	306
1. Sachliche Zuständigkeit	306
2. Verfahrensbeteiligte	306
a) Klageberechtigte	306
b) Klagegegner	307

3. Klagegegenstand	307
4. Klageart	308
5. Sonstige Sachurteilsvoraussetzungen	308
II. Begründetheit	308
III. Abschließende Entscheidung	309
C. Klagen, die Organbeschlüsse der EIB betreffend	310
I. Zulässigkeit der Klagen	310
1. Sachliche Zuständigkeit	310
2. Verfahrensbeteiligte	310
a) Klageberechtigte	310
b) Klagegegner	311
3. Klagegegenstand	311
4. Klageart	312
5. Sonstige Sachurteilsvoraussetzungen	312
II. Begründetheit	313
III. Abschließende Entscheidung	313
D. Sonstige, die EIB betreffende Streitigkeiten	314
E. Die Europäische Zentralbank und das System der gerichtlichen Kontrolle	314
I. Klage-, Rüge- und Antragsrechte der EZB	314
1. Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV	314
2. Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV	315
3. Inzidente Normenkontrolle nach Art. 277 AEUV	316
4. Klagen nach Art. 14.2. ESZB-Satzung	316
5. Klagen nach Art. 36.2. ESZB-Satzung	316
6. Antragsrecht nach Art. 11.4. ESZB-Satzung	316
II. Die EZB als Beklagte	317
1. Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV	317
2. Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV	317
3. Schadensersatzansprüche nach Art. 268 AEUV iVm Art. 340 Abs. 2 AEUV	317
4. Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	318
5. Klagen nach Art. 36.2. ESZB-Satzung	318
§ 14 Klagen aufgrund vertraglicher Schiedsklauseln	319
A. Allgemeines	319
I. Rechtsgrundlagen	319
II. Wesen und Bedeutung dieser Klagen	320
III. Verhältnis zu den anderen Rechtsbehelfen	321
B. Zulässigkeit	321
I. Sachliche Zuständigkeit	321
1. Materiell-rechtlicher Vertrag	322
2. Vereinbarung einer Schiedsklausel	323
3. Wirksamkeit der Schiedsklausel	324
II. Klageart	325
III. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	325
C. Begründetheit	326
D. Abschließende Entscheidung	328
§ 15 Klagen aufgrund von Schiedsverträgen	329
A. Allgemeines	329
I. Rechtsgrundlagen	329
II. Wesen und Bedeutung dieser Klagen	330
B. Zulässigkeit	331
I. Sachliche Zuständigkeit	331

1. Vorliegen eines Schiedsvertrages	331
2. Wirksamkeit des Schiedsvertrages	332
II. Verfahrensbeteiligte	333
III. Klagegegenstand	333
IV. Klageart	334
V. Sonstige Sachurteilsvoraussetzungen	334
C. Begründetheit	334
D. Abschließende Entscheidung	335
§ 16 Gutachten und Vorschläge	337
A. Das Gutachterverfahren nach Art. 218 Abs. 11 AEUV	337
I. Sinn und Zweck	338
II. Antragsberechtigte	339
III. Antragsgegenstand	339
IV. Zeitpunkt der Antragstellung	340
V. Prüfungsumfang	341
VI. Wirkungen des Gutachtens	342
VII. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	342
B. Vorschläge	343
§ 17 Einstweiliger Rechtsschutz	344
A. Einleitung	346
B. Rechtsgrundlagen	347
C. Zulässigkeit	348
I. Allgemeines	348
II. Zulässigkeit des Antrags selbst	348
1. Gesonderte Antragsschrift	348
2. Zuständigkeit	348
3. Zeitpunkt; keine Frist	348
4. Form und Inhalt	349
5. Akzessorietät	349
6. Antrag	350
a) Bestimmtheit des Antrags	350
b) beantragte Maßnahme im Rahmen der Zuständigkeit des Richters	350
c) Flankierende Maßnahmen; Zwangsgeld	352
7. Rechtsschutzinteresse	352
III. Zulässigkeit des Hauptsacheverfahrens	353
IV. Prüfung von Amts wegen	353
D. Begründetheit	354
I. Allgemeines	354
1. Drei (kumulative) Voraussetzungen	354
2. Wechselwirkung	354
II. Dringlichkeit	355
1. Allgemeines	355
2. Eigener Schaden	356
3. Kausal- und Wertungszusammenhang; alternative Rechtsschutzmöglichkeiten	358
4. Hinreichende Wahrscheinlichkeit eines nahen Schadenseintritts	360
5. Natur des Schadens – schwer und irreparabel	360
a) Die Unterscheidung zwischen Irreparabilität und Schwere	360
b) Definitionsmacht des Antragstellers; kein numerus clausus	360
c) Dringlichkeit auch ohne Irreparabilität; keine rein mechanische Prüfung	361

6. Schwere	362
7. Irreparabilität	362
a) Entwicklung der Rechtsprechung	363
b) Die Unterscheidung zwischen finanziellen und andern Schäden	363
c) Irreparabler finanzieller Schaden – Dienstleistungen nach 106 (2) AEUV	364
d) Irreparabler finanzieller Schaden – Schaden nicht bezifferbar	364
e) Irreparabler finanzieller Schaden -Existenzgefährdung ...	365
f) Verlust von Marktanteilen	367
8. Darlegungs- und Beweislast	370
III. Fumus boni juris	371
IV. Interessenabwägung	372
E. Entscheidung	374
I. Aussetzung	374
II. Einstweilige Anordnung	375
III. Rechtsfolge/Rechtswirkungen	376
F. Verfahren	376
I. Gesonderter Schriftsatz; Aktenführung	376
II. Kontradiktorisches Verfahren	377
III. Fristen; Sprache; Dauer; Entscheidung	378
G. Besondere Verfahrensgestaltungen	378
I. Zwischenverfügung; inaudita alter parte	378
II. Neuer Antrag	379
III. Abänderung/Aufhebung	379
IV. Rechtsmittel	379
V. Intervention (Streichhilfe)	380
H. Besonderheiten in bestimmten Rechtsmaterien	381
I. Vergaberecht	381
1. Allgemeines, Entwicklung der Rechtsprechung	381
2. „Besonders ernsthafter“	382
3. Stellung des Antrags vor Vertragsschluss oder Ablauf der Stillhaltefrist	382
4. Ausnahme: Unbeachtlichkeit des Fristablaufs	383
5. Schwerer Schaden	383
6. Sonderfall: es gilt keine Stillhaltepflicht	383
7. Prüfung im Übrigen	384
8. Bewertung	384
II. Vertrauliche Informationen	385
III. Restriktive Maßnahmen	386
I. Bewertung und Ausblick	387
Fünfter Abschnitt. Das Gerichtsverfahren vor dem EuGH und dem Gericht der EU	
§ 18 Allgemeines und Verfahrensgrundsätze	390
A. Überblick	391
B. Verfahrensgrundsätze	391
I. Vorbemerkung	391
II. Der Verfügungsgrundsatz	393
III. Verhandlungs- und Untersuchungsgrundsatz	394
IV. Die Konzentrationsmaxime	395
V. Grundsatz der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit	397

VI. Grundsatz der Öffentlichkeit	398
VII. Grundsatz des fairen Verfahrens	399
VIII. Rechtliches Gehör	400
IX. Recht auf Akteneinsicht und Transparenzgrundsatz	401
C. Die Sprachenregelung	403
§ 19 Die Verfahrensbeteiligten	406
A. Allgemeines	407
B. Kontradiktorische Verfahren	407
I. Parteifähigkeit	407
II. Prozessfähigkeit	409
III. Privilegierte und andere Parteien	410
IV. Vertretung der Parteien	411
V. Streitgenossenschaft	413
VI. Streithilfe	416
1. Allgemeines	416
2. Zulassungsvoraussetzungen	417
a) Anhängiger Rechtsstreit	417
b) Interventionsberechtigte	418
c) Interventionsgrund	419
3. Das Zulassungsverfahren	420
a) Form und Inhalt des Antrags auf Zulassung	420
b) Frist	421
c) Ablauf des Verfahrens	422
d) Entscheidung über die Zulassung	422
4. Rechtsstellung des Streithelfers und Fortgang des Verfahrens	423
5. Rechtsmittel	426
6. Streithilfe in Rechtsstreitigkeiten betreffend die Rechte des geistigen Eigentums	427
7. Schriftsatzmuster	428
a) Antrag auf Zulassung als Streithelfer vor dem EuG	428
b) Stellungnahme zum Antrag auf Zulassung als Streithelfer	430
c) Antrag auf vertrauliche Behandlung	430
C. Vorabentscheidungsverfahren	431
D. Gutachtenverfahren	432
§ 20 Das schriftliche Verfahren	433
A. Vorbemerkung	433
B. Einreichung und Zustellung von Schriftstücken via e-Curia	434
C. Allgemeine Anforderungen an die Schriftsätze	435
D. Behandlung neu eingehender Rechtssachen	437
I. Eintragung in das Register, Aktenzeichen	437
II. Veröffentlichung im Amtsblatt	438
III. Geschäftsverteilung	438
E. Das schriftliche Verfahren in Klageverfahren	439
I. Klageerhebung	439
1. Form und Inhalt der Klageschrift	439
2. Klagenhäufung	442
3. Widerklage	443
4. Rechtshängigkeit	443
5. Klageänderung	443
6. Zustellung der Klage	446
II. Die weiteren Schriftsätze der Parteien im Klageverfahren	446
III. Muster einer Klageschrift	447
F. Abschluss des schriftlichen Verfahrens und Vorbericht	448

G. Sonstiges	449
I. Die Verbindung von Verfahren	449
II. Aussetzung	450
§ 21 Beweisrecht	452
A. Sachverhaltsaufklärung im Verfahren vor den Gerichten der Europäischen Union	452
B. Darlegungs- und Beweislast	455
C. Prozessleitende Maßnahmen	459
D. Formelle Beweisaufnahme	462
I. Beweismittelkatalog	462
II. Beweisverfahren	463
E. Beweismaß und Beweiswürdigung	466
§ 22 Das mündliche Verfahren	468
A. Die mündliche Verhandlung: Kern des mündlichen Verfahrens	468
B. Zweck der mündlichen Verhandlung	469
C. Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	470
D. Ablauf der mündlichen Verhandlung	471
E. Schlussanträge des Generalanwalts	473
F. Wiedereröffnung des mündlichen Verfahrens	474
§ 23 Abweichungen vom normalen Verfahrensablauf	476
A. Überblick	476
B. Das summarische Verfahren	477
C. Die Sonderverfahren zur Verkürzung der Verfahrensdauer	478
I. Direktklageverfahren	479
II. Vorabentscheidungsverfahren	481
1. Beschleunigtes Vorabentscheidungsverfahren	481
2. Eilvorlageverfahren	482
III. Vorrangige Behandlung	485
D. Die „vereinfachten“ Verfahren	485
I. Direktklageverfahren	485
II. Vorabentscheidungsverfahren	486
E. Das Versäumnisverfahren	487
I. Allgemeines	487
II. Säumnis	488
III. Verfahren und Versäumnisurteil	489
IV. Rechtsbehelfe	489
§ 24 Die gerichtlichen Entscheidungen	490
A. Überblick	490
B. Beratung und Entscheidung	492
C. Form und Inhalt der Entscheidungen	493
I. Urteile	493
II. Beschlüsse	495
D. Verkündung und Veröffentlichung	495
E. Entscheidungswirkungen	496
I. Rechtskraft und innerprozessuale Bindungswirkung	496
II. Gestaltungswirkung	497
III. Vollstreckbarkeit	498
IV. Die Pflicht, die sich aus dem Urteil ergebenden Maßnahmen zu ergreifen	498
F. Urteilsauslegung	498
I. Gegenstand	498
II. Antragsbefugnis	500

III. Verfahren und Entscheidung	501
IV. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	502
G. Urteilsberichtigung und Urteilsergänzung	503
I. Urteilsberichtigung	503
II. Urteilsergänzung	504
H. Verfahrensbeendigung ohne Sachentscheidung	505
I. Direktklagen	505
1. Einigung der Parteien	505
2. Klagerücknahme	505
3. Erledigung der Hauptsache	506
II. Vorabentscheidungsverfahren	506
§ 25 Rechtsmittel, Rechtsbehelfe und Überprüfungsverfahren	507
A. Vorbemerkung	508
B. Das Rechtsmittel gegen Entscheidungen des EuG	509
I. Allgemeines	509
II. Die anfechtbaren Entscheidungen	510
III. Die Berechtigung zum Einlegen des Rechtsmittels	511
1. Die Parteien des erstinstanzlichen Verfahrens	511
2. Die autonome Rechtsmittelbefugnis der Mitgliedstaaten und der Unionsorgane	513
IV. Zulassung des Rechtsmittels	513
V. Anträge der Parteien	515
VI. Anschlussrechtsmittel	515
VII. Rechtsrügen	516
1. Verbot der Veränderung des Streitgegenstandes und notwendige Präzisierung von Rechtsrügen	516
2. Die Abgrenzung von Rechts- und Tatsachenfragen	517
3. Zulässige Rügen	519
VIII. Ablauf des Rechtsmittelverfahrens	521
1. Rechtsmittelfrist	521
2. Rechtsmittelschrift und Rechtsmittelbeantwortung	522
IX. Die Entscheidung des EuGH	526
X. Das Verfahren vor dem EuG nach Aufhebung und Zurückverweisung	528
XI. Schriftsatzmuster	529
1. Rechtsmittelschrift	529
2. Zusammenfassung der geltend gemachten Rechtsgründe und -argumente	529
3. Antrag auf vertrauliche Behandlung und tabellarische Übersicht der vertraulichen Informationen	530
4. Antrag auf Zulassung eines Rechtsmittels	531
C. Das Überprüfungsverfahren	531
D. Die außerordentlichen Rechtsbehelfe	533
I. Allgemeines	533
II. Der Drittwiderspruch	533
III. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	534
§ 26 Kostenrecht	536
A. Allgemeines	536
B. Prozesskosten	537
I. Gerichtskosten	537
II. Außergerichtliche Kosten der Parteien	538
C. Kostenentscheidung	538
I. Zeitpunkt	538

II. Inhalt	539
1. Regelfall	539
2. Kostenentscheidung bei Parteienmehrheit	541
3. Sonderfälle	541
a) Kostenentscheidung zu Lasten der obsiegenden Partei	541
b) Klage- oder Antragsrücknahme und Erledigung der Hauptsache	542
4. Die Kostenentscheidung im Vorabentscheidungsverfahren ..	543
D. Kostenfestsetzung	543
E. Prozesskostenhilfe	547
I. Allgemeines	547
II. Voraussetzungen	547
1. Bedürftigkeit	547
2. Erfolgsaussichten in der Hauptsache	548
III. Verfahren und Inhalt der Entscheidung	548
IV. Erstattungsanspruch der Gerichtskasse	550
V. Schriftsatzmuster	550
1. Antrag auf Prozesskostenhilfe im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens	550
2. Vorabantrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe in Rechtsmittelverfahren	551
§ 27 Fristversäumnis und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	553
A. Fristen	553
I. Allgemeines	553
II. Fristbeginn	553
III. Fristende	554
IV. Fristwahrung, Fristversäumnis	555
B. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	555
C. Nationale Verfahrensfristen	556
Sechster Abschnitt. Durchsetzung unionsrechtlicher Titel	558
§ 28 Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	558
A. Allgemeines	558
B. Vollstreckungstitel	559
I. Rechtsakt gem. Art. 299 Abs. 1 AEUV	559
II. Titel gem. Art. 280 iVm 299 AEUV	561
1. Urteile iSd Art. 280 AEUV	561
2. Umfang des Verweises auf Art. 299 AEUV	561
a) Keine Beschränkung auf Zahlungsverpflichtungen	561
b) Keine Herausnahme von Titeln gegen Mitglied- staaten	562
3. Urteil hinsichtlich eines Vollstreckungstitels nach Art. 299 Abs. 1 AEUV	563
4. Zusammenfassung	563
C. Vollstreckungsparteien	563
I. Vollstreckungsgläubiger	563
II. Vollstreckungsschuldner	563
1. Natürliche und juristische Personen	563
2. Mitgliedstaaten	563
3. Drittstaaten	564
4. Union und Unionsorgane	564
§ 29 Durchführung der Zwangsvollstreckung	565
A. Allgemeines	565

B. Vollstreckungsklausel	566
I. Erteilung durch mitgliedstaatliche Behörde	566
II. Umfang der Prüfung der mitgliedstaatlichen Behörde	567
C. Zustellung des Titels	568
D. Anrufung des Vollstreckungsorgans	568
§ 30 Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	570
A. Allgemeines	570
B. Unionsrecht	571
I. Aussetzung der Zwangsvollstreckung	571
1. Rechtlicher Rahmen	571
2. Unterscheidung zwischen vollstreckungs- und verwaltungsgewaltlichem Rechtsschutz	571
3. Mögliche Reichweite	571
a) Regelfall	571
b) Teilweise Aussetzung	571
c) Endgültige Beendigung	572
4. Das Verfahren im Rahmen des Aussetzungsantrages	572
a) Zulässigkeit	572
b) Begründetheit	573
5. Rechtsfolgen	574
II. Nachprüfung von Zwangsmaßnahmen, Art. 261 AEUV	574
1. Grundsätzliches	574
2. Reichweite	575
a) Zwangsmaßnahmen	575
b) Prüfungskompetenz	576
c) Rechtsmittelverfahren	576
3. Auswirkungen	577
a) Entscheidungskompetenz	577
b) Erstmalige Verhängung einer Zwangsmaßnahme und reformatio in peius	577
4. EuratomV	578
5. Verbundene Anträge und Anordnungen	578
C. Mitgliedstaatliches Recht	579
I. Grundsätzliches	579
II. Deutsches Recht	579
1. Zulässige Rechtsbehelfe	579
2. Unzulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage	580

2. Teil. Rechtsschutz durch deutsche Gerichte

§ 31 Rechtsschutz durch das Bundesverfassungsgericht	581
A. Einleitung	585
B. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz und Unionsrecht	585
I. Unionsrechtsakte als unmittelbarer Prüfungsgegenstand	585
1. Konkrete Normenkontrolle	586
a) Gegenüber primärem Unionsrecht	586
b) Gegenüber sekundärem Unionsrecht	586
2. Abstrakte Normenkontrolle	590
3. Individualverfassungsbeschwerde	590
4. Organstreit und Bund-Länder-Streit	593
5. Einrichtung eines Kompetenzgerichtshofs	593

II. Mittelbare Kontrolle von Unionsrechtsakten und vergleichbaren völkerrechtlichen Bindungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union	594
1. Nationale Gesetzgebung als Anknüpfungspunkt der verfassungsgerichtlichen Kontrolle	594
a) Zustimmungsgesetze	594
b) Begleitgesetzgebung	595
c) Flankierungsgesetzgebung	596
2. Mittelbare Kontrolle von Rechtsakten im Zusammenhang mit der Europäischen Union	596
a) Primäres Unionsrecht	596
b) Sekundäres Unionsrecht	597
c) Sonstige Unionsrechtsakte	598
d) Sonstige Angelegenheiten der Europäischen Union	598
3. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	599
a) Hinreichende Begründung	599
b) Vorhergehende Auslegung der Unionsrechtsakte durch den EuGH	601
4. Verfahrensarten	603
a) Normenkontrollverfahren	603
b) Individualverfassungsbeschwerde	603
c) Sonstige Hauptsacheverfahren	605
5. Prüfungsmaßstab	606
a) Historie	606
b) Schranken der Integrationsermächtigung	607
C. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz gegen nationale Ausführungs- und Vollzugsakte	615
I. Normative Ausführungsakte	615
1. Verfahrensarten	615
a) Individualverfassungsbeschwerde	616
b) Normenkontrolle	617
c) Organstreitverfahren	617
d) Bund-Länder-Streit	617
2. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen und Prüfungsmaßstab	617
a) Unionsrechtlich bedingte Verfassungsverstöße	618
b) Allein ausführungsbedingte Verfassungsverstöße	619
II. Administrative Vollzugsakte	622
III. Vollzugsakte der Judikative	622
D. Durchsetzung des Unionsrechts in verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzverfahren	624
I. Verletzung der Vorlagepflicht staatlicher Gerichte	624
1. Vorlagepflichten staatlicher Gerichte und das Recht auf den gesetzlichen Richter	625
2. Prüfungsmaßstab	625
II. Verfassungsgerichtliche Überprüfung der Unionskonformität staatlicher Hoheitsakte	630
E. Rechtsschutz gegen Verletzungen des sogenannten Rückschrittsverbotes	631
F. Verfassungsgerichtliche Kontrolle der deutschen Mitwirkung am Entscheidungsprozess der Europäischen Union	632
I. Verfahrensarten	632
1. Individualverfassungsbeschwerde	632

2. Bund-Länder Streit	634
3. Organstreitverfahren	635
II. Prüfungsmaßstab	635
1. Schranken der Integriationsermächtigung	635
2. Schranken der organschaftlichen Rechte	640
a) Beteiligungsrechte aus Art. 23 Abs. 2–6 GG	640
b) Statusrechte aus Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG	642
c) Exkurs: Subsidiaritätsklage nach Art. 23 Abs. 1a GG	645
G. Annex: Einstweiliger Rechtsschutz	645
§ 32 Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	647
A. Einleitung	649
B. Unionsrechtliche Vorgaben für das nationale Verwaltungsrecht	649
I. Grundsatz der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten	649
1. Fehlen einer einheitlichen Regelung	650
2. Mindeststandards der guten Verwaltung	651
II. Äquivalenz- und Effektivitätsprinzip	651
1. Der Äquivalenzgrundsatz	652
2. Der Effektivitätsgrundsatz	652
C. Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	653
I. Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten	653
II. Rechtsschutzformen	655
1. Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	655
2. Leistungsklagen	656
3. Feststellungsklagen	657
4. Normenkontrollen	659
III. Sachentscheidungsvoraussetzungen	661
1. Klage- bzw. Antragsbefugnis	661
a) Klagefähige Rechtspositionen des Unionsrechts	661
b) Unionsrechtlich veranlasste Rechtseinräumung	666
c) Vorbehalt anderweitiger Regelungen – Verbandsklagen im Umweltrecht	666
d) Präklusion	670
2. Widerspruchsverfahren	672
3. Fristen	672
IV. Besonderheiten der Begründetheitsprüfung	676
1. Beurteilungszeitpunkt	676
2. Vereinbarkeit streitentscheidender Normen mit dem Unionsrecht	678
3. Gerichtliche Kontrolldichte	680
4. Beweisrecht	681
5. Sonstige Aspekte	682
D. Das Rechtsmittelverfahren	682
I. Berufung und Revision	683
II. Beschwerde	685
III. Wiederaufnahme des Verfahrens	686
E. Vorläufiger Rechtsschutz	687
I. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	687
II. Vorläufiger Rechtsschutz gegen belastende Verwaltungsakte	689
1. Der Suspensiveffekt	689
a) Konfliktlage beim Vollzug des Unionsrechts	689
b) Konfliktbewältigung	690
2. Die gerichtliche Aussetzungsentscheidung	690
III. Die einstweilige Anordnung	694

§ 33 Rechtsschutz im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit	695
A. Einleitung	699
B. Zuständigkeitsfragen im Verhältnis der europäischen zur nationalen Zivilgerichtsbarkeit	701
I. Zivilgerichtliche Zuständigkeiten des Gerichtshofs	701
1. Außervertragliche Haftung der Union	701
2. Streitsachen zwischen der Union und ihren Bediensteten ...	702
3. Kartellsachen	703
4. Schiedssachen	703
II. Kompetenzkonflikte	704
C. Unionalisierung des Internationalen Zivilverfahrensrechts für den europäischen Raum	706
I. Überblick über die wichtigsten Entwicklungsschritte im Europäischen Zivilverfahrensrecht	706
II. Erleichterung des Zugangs zum Recht	710
1. E-Justiz-Aktionsplan und Europäisches E-Justiz-Portal	710
2. Prozesskostenhilferichtlinie	712
3. Mediationsrichtlinie, ADR-Richtlinie, ODR-VO	712
III. Die Brüssel Ia-VO als Kernstück des Europäischen Zivilverfahrensrechts	713
IV. Europäische Erkenntnisverfahren	714
V. Die schrittweise Abschaffung des Exequaturverfahrens	715
D. Europäisches Recht und deutsches Zivilprozessrecht	717
I. Ausgewählte Fragen der internationalen Zuständigkeit	718
1. Die Regelung der internationalen Zuständigkeit durch die §§ 12 ff. ZPO	718
a) Kein Verlust der Doppelfunktionalität der §§ 12 ff. ZPO durch die Brüssel Ia-VO	718
b) Die Regelung der örtlichen Zuständigkeit durch europäische Normen	720
2. Der Gerichtsstand des Vermögens (forum fortune)	720
a) Kein europäischer Vermögensgerichtsstand in der Brüssel Ia-VO	720
b) Der Vermögensgerichtsstand in § 23 ZPO	721
3. Staatsangehörigkeitszuständigkeit im Internationalen Erbverfahrensrecht	722
a) Staatsangehörigkeitszuständigkeit nach § 343 Abs. 2 FamFG	722
b) Subsidiäre Staatsangehörigkeitszuständigkeit nach Art. 10 Abs. 1 lit. a EuErbVO	722
4. Staatsangehörigkeitszuständigkeit im Internationalen Familienprozessrecht	723
a) Art. 3 Abs. 1 lit. a sechster Gedankenstrich Var. 1 Brüssel IIa-VO	723
b) Art. 3 Abs. 1 lit. b Brüssel IIa-VO	724
5. Die Missbräuchlichkeit von Gerichtsstandsklauseln und Schiedsklauseln nach der Klausel-RL	725
II. Prozessfähigkeit und persönliches Erscheinen	726
1. Alternative Anknüpfung der Prozessfähigkeit	726
2. Anordnung persönlichen Erscheinens der Parteien	727
3. Zugang von Ausländern zur deutschen Justiz	728
III. Sprache und Recht im Verfahren	728
1. Deutsch als Gerichtssprache	728

a) Englisch als Gerichtssprache im Hinblick auf den Justizstandort Deutschland	729
b) Vereinbarkeit von Englisch als Gerichtssprache mit Verfassungs- und Unionsrecht	730
c) Modellprojekt des OLG-Bezirks Köln seit 2010	732
d) Gesetzesentwurf auf Initiative der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg (KfiHG)	732
2. § 293 ZPO und die Ermittlung des Rechts von EU-Mitgliedstaaten	733
a) § 293 ZPO im Hinblick auf Diskriminierungsverbot und Grundfreiheiten	733
b) Die Möglichkeiten der Ermittlung mitgliedstaatlichen ausländischen Rechts	733
3. Revisibilität ausländischen Rechts	734
a) Irrevisibilität ausländischen Rechts nach § 545 Abs. 1 ZPO aF	734
b) Revisibilität ausländischen Rechts nach § 545 Abs. 1 ZPO nF	735
c) Revisibilität ausländischen mitgliedstaatlichen Rechts nach europarechtskonformer Auslegung des § 545 Abs. 1 ZPO nF	736
IV. Zustellungs- und beweisrechtliche Fragen	737
1. Europäische Zustellungsverordnung (EuZVO) und Europäische Beweisverordnung (EuBVO)	737
2. Verhältnis der EuZVO zu nationalen Zustellungs Vorschriften, insbes. zur fiktiven Inlandszustellung	738
3. Beweiskraft ausländischer öffentlicher Urkunden	739
a) Beweiskraft ausländischer öffentlicher Urkunden nach § 438 ZPO	739
b) Beweiskraft ausländischer öffentlicher Urkunden nach Artt. 59 EuErbVO; 8 EuGüVO; 58 EuPartVO	740
c) Beweiskraft ausländischer öffentlicher Urkunden nach der UrkundenVO	741
4. Beweismaß und europäisches Unionsrecht	742
V. Die Absicherung des Zivilverfahrens mit mitgliedstaatlichem Bezug	742
1. Ausländersicherheit nach § 110 ZPO	742
2. Der Arrestgrund der Auslandsvollstreckung nach § 917 Abs. 2 ZPO	743
VI. Revision und Wiederaufnahme bei fehlerhafter Anwendung des Unionsrechts	745
1. Fehlerhafte Nichtzulassung der Revision	745
2. Aufhebung des nationalen Urteils bzw. Wiederaufnahme des Verfahrens	745
3. Durchbrechung der materiellen Rechtskraft wegen eines unionsrechtlichen effet utile	747
VII. Prozessbürgschaft einer Bank aus dem EU-Ausland	748
VIII. Europäisches Verbraucherschutzrecht und Beschränkung von Klagerechten der Verbraucher	750
IX. Ausgewählte Beispiele für Einflüsse einzelner Sekundärrechtsakte auf das nationale Zivilprozessrecht	751
1. Handelsregistergebühren für gesellschaftsrechtliche Eintragungen.	751

a) Fantask-Rechtsprechung des EuGH	751
b) Sachliche Reichweite bei Handelsregistergebühren	753
c) Nationalrechtliche Ausdehnung auf andere Registergebühren?	754
2. Bindung an Entscheidungen der EU-Kommission im Kartell-, Fusionskontroll- und Beihilferecht	755
3. Kostenerstattung und Enforcement-Richtlinie	755
E. Materielles Zivilrecht und Unionsrecht	756
I. Unionsrechtskonforme Auslegung	756
II. Richtlinienwirkungen und Private	757
1. Keine horizontale Direktwirkung	757
2. Ausnahme bei nur gemeinsam möglicher Rechtswahrnehmung	757
3. Ausnahme bei öffentlichrechtlichen Vorfragen (indirekte horizontale Wirkung)	758
4. Ausnahme bei Durchsetzung öffentlicher Interessen durch Private	758
5. Ausnahme bei Verweigerung vertraglicher Erfüllung unter Berufen auf richtlinienwidriges nationales Recht?	759
6. Indirekte horizontale Wirkung über „Vergrundrechtlichung“ von Richtlinieninhalten	759
7. Indirekte horizontale Wirkung über Äquivalenz- und Effektivitätsprinzip im Prozessrecht?	759
III. Staatshaftung und Unionsrecht	760
1. Staatshaftung wegen Verletzung von jeder Art Unionsrecht .	760
2. Beabsichtigte Verleihung subjektiver Rechte durch das Unionsrecht	762
3. Qualifizierter Verstoß gegen Unionsrecht	763
4. Haftungssubjekt	766
5. Umfang des Schadensersatz	766
6. Mitverschuldenseinwand	767
7. Haftungsprivilegien des nationalen Rechts	768
a) Haftungsausschluss wegen Nichtinanspruchnahme von Primärrechtsschutz	768
b) Spruchrichterprivileg	768
c) Subsidiarität der Staatshaftung	770
8. Verjährung	770
9. Prozessuale Durchsetzung in Deutschland	770

3. Teil. Rechtsschutz im Straf- und Bußgeldrecht

§ 34 Strafgerichtsbarkeit	771
A. Einführung	782
B. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Straf- und Bußgeldrechts und des Rechts sonstiger Verwaltungsanktionen mit punitivem Charakter	786
I. Kriminalstrafrechtliche Kompetenzen	786
1. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	786
2. Kompetenz zur Angleichung strafrechtlicher Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten (Art. 83 Abs. 1 UAbs. 1, Abs. 2 AEUV)	787

3. Kompetenz zur Bekämpfung von Betrugsdelikten und sonstigen rechtswidrigen Handlungen zum Nachteil der Europäischen Union (Art. 325 AEUV)	790
II. Kompetenz zur Einführung unionsrechtlicher Geldbußen	790
III. Kompetenz zur Einführung sonstiger Verwaltungssanktionen punitiven Charakters	792
C. Von den mitgliedstaatlichen Gerichten zu berücksichtigender Einfluss des Unionsrechts auf das nationale Strafrecht	793
I. Erweiterung des nationalen Strafrechtsschutzes	793
1. Ausweitung des Anwendungsbereichs des nationalen Strafrechts mittels Assimilierung	793
a) Assimilierung durch die Europäische Union	793
b) Assimilierung durch die Mitgliedstaaten	795
2. Erstreckung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße gegen das Unionsrecht durch nationale Blankettgesetze	797
II. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Verfolgung und Sanktionierung der Verletzung von Unionsrecht	798
III. Begrenzungen des nationalen Strafrechts durch Unionsrecht	799
1. Anwendungsvorrang des Unionsrechts	799
2. Unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts	801
IV. Rechtsschutz zur Sicherstellung der unionsrechtlichen Vorgaben im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens	803
1. Vorlageberechtigung und -verpflichtung der Gerichte	803
a) Straferichte als Gerichte iSd Art. 267 AEUV	803
b) Berechtigung zur Vorlage in Straf- und Bußgeldverfahren	805
c) Berechtigung oder Verpflichtung zur Vorlage	805
2. Durchführung des Vorabentscheidungsverfahrens im strafrechtlichen Haupt-, Zwischen- und Ermittlungsverfahren	806
a) Vorlageverfahren im Haupt- und Zwischenverfahren	806
b) Vorlageverfahren im Ermittlungsverfahren	810
3. Überprüfung des Vorabentscheidungsverfahrens nach dem Rechtsmittelsystem der Strafprozessordnung	813
a) Fehlende Anfechtbarkeit des Vorlagebeschlusses	813
b) Anfechtung der unterlassenen Vorlage im Revisionsverfahren	813
c) Berücksichtigung des Vorabentscheidungsverfahrens bei der Entscheidung über die Nichtannahme der Berufung oder Revision	814
d) Keine sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung eines Rechtsmittels als „offensichtlich unbegründet“	816
e) Bindung der Tatsachengerichte an die rechtliche Beurteilung des Revisionsgerichts?	816
f) Konkurrenz supranationaler und innerstaatlicher Vorlagepflichten	817
4. Rechtskraft unionsrechtswidriger Strafurteile und ihre Durchbrechung	818
a) Rechtskraft unionsrechtswidriger Strafurteile	818
b) Durchbrechung der Rechtskraft unionsrechtswidriger Strafurteile	818
5. Praktische Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens auf dem Gebiet des Strafrechts	821
6. Rechtsschutz gegen die Nichtvorlage	821

D. Geldbußen im Europäischen Wettbewerbsrecht	826
I. Geldbußen wegen verbotener Wettbewerbsbeschränkungen	827
1. Rechtsgrundlagen der wettbewerbsrechtlichen Bußgeldvorschriften	827
2. Geldbußen bei Verstößen gegen die wettbewerbsrechtlichen Verbotsnormen der Art. 101, 102 AEUV	829
a) Anwendungsbereich der wettbewerbsrechtlichen Vorschriften	829
b) Rechtsnatur des Verfahrens	834
c) Sanktionierung von Verfahrensverstößen und Verletzungen des materiellen Wettbewerbsrechts	834
3. Rechtsschutz bei Bußgeldentscheidungen	840
a) Ermächtigung des Rates zur Erweiterung der gerichtlichen Nachprüfung und Entscheidung (Art. 261 AEUV)	840
b) Erweiterung der gerichtlichen Nachprüfung und Entscheidung	841
4. Zuständigkeit des Gerichts und des Gerichtshofs	846
a) Anwendbarkeit von Art. 31 VO (EG) Nr. 1/2003 auf das Verfahren vor dem Gericht	846
b) Zuständigkeit des Gerichts im ersten Rechtszug	847
c) Zuständigkeit des Gerichtshofs als Rechtsmittelinstanz ...	848
II. Geldbußen wegen Verstößen gegen die EG- Fusionskontrollverordnung	850
1. Rechtsgrundlagen der Fusionskontrolle	850
2. Anwendungsbereich der EG-Fusionskontrollverordnung ...	851
3. Fusionskontrollverfahren	852
a) Anmeldung von Zusammenschlüssen	853
b) Aufschub des Vollzugs von Zusammenschlüssen	853
c) Prüfung der Anmeldung und Einleitung des Verfahrens ..	853
d) Ermittlungs- und Entscheidungsbefugnisse der Kommission	854
4. Bußgeldvorschriften der EG-Fusionskontrollverordnung	854
a) Minderschwere Verstöße	854
b) Schwerwiegende Verstöße	855
5. Rechtsschutz bei Bußgeldentscheidungen	855
III. Geldbußen wegen Verstöße gegen das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act)	856
1. Geldbußen wegen Nichteinhaltung der Verpflichtungen in den Art. 5, 6 und 7 DMA und Verstößen gegen Verfahrensregeln	857
a) Unternehmen als Normadressaten	858
b) Bußgeldtatbestände	858
2. Rechtsschutz bei Bußgeldentscheidungen	859
IV. Geldbußen im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	859
1. Geltung der Wettbewerbsregeln	859
2. Zuständigkeit im Verwaltungsverfahren	860
3. Rechtsschutz bei Bußgeldentscheidungen	860
E. Geldbußen im Europäischen Datenschutzrecht	860
I. Das Sanktionsregime der DS-GVO	861
II. Geldbußen wegen Verstößen gegen die DS-GVO	862
1. Normadressaten	863
a) Unternehmen als Adressaten der Bußgeldentscheidung ..	864
b) Unternehmensbegriff	864

2. Bußgeldtatbestände	870
a) Formelle Verstöße gegen die Bestimmungen der DS-GVO	870
b) Materielle Verstöße gegen die Bestimmungen der DS-GVO	871
3. Rechtsschutz bei Bußgeldentscheidungen	872
a) Gewährleistung eines effektiven Rechtsschutzes als Zielvorgabe des Art. 83 Abs. 8 DS-GVO	872
b) Administrative und gerichtliche Kontrolle	874
F. Geldbußen im Europäischen Bankenrecht	876
I. Verordnung (EG) Nr. 2532/98 des Rates vom 23. November 1998 über das Recht des Europäischen Zentralbank, Sanktionen zu verhängen	878
1. Unternehmen als Sanktionsadressaten	878
2. Grenzen und Bedingungen für die Ausübung der Sanktionskompetenz der Europäischen Zentralbank	878
II. Verordnung (EG) Nr. 2157/1999 der Europäischen Zentralbank vom 23. September 1999 über das Recht der Europäischen Zentralbank, Sanktionen zu verhängen	879
III. Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank	881
1. Sanktionen „nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 2532/98“ gemäß Art. 18 Abs. 7 SSM-VO	881
a) Bedeutende und weniger bedeutende beaufsichtigte Unternehmen als Sanktionsadressaten	882
b) Verfahrensregeln	883
2. Verwaltungsgeldbußen oder gegebenenfalls andere im einschlägigen Unionsrecht vorgesehene Geldbußen gemäß Art. 18 Abs. 1 SSM-VO	883
a) Kreditinstitute, Finanzholdinggesellschaften und gemischte Finanzholdinggesellschaften als Adressaten der Verwaltungsgeldbußen bzw. anderen im einschlägigen Unionsrecht vorgesehenen Geldbußen	883
b) Sanktionierung der Verstöße gegen eine Anforderung aus direkt anwendbaren Rechtsakten der Union	885
3. Grenzen und Bedingungen für die Ausübung der Sanktionskompetenz der Europäischen Zentralbank	885
4. Rechtsschutz gegen die Sanktionsbeschlüsse	886
a) Administrativer Rechtsschutz	887
b) Gerichtlicher Rechtsschutz	888
5. Entscheidungen in Rechtsformen des nationalen Rechts	891
G. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und polizeiliche Zusammenarbeit	892
I. Entwicklung der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und polizeilichen Zusammenarbeit	892
II. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Art. 82–86 AEUV) ..	894
1. Europäischer Haftbefehl	896
a) Rechtlicher Rahmen	896
b) Anwendungsbereich des Europäischen Haftbefehls und der Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit	898
c) Zuständigkeit	898

d) Auslieferungsverfahren	900
e) Rechtsschutz gegen den Europäischen Haftbefehl	901
2. Europäische Ermittlungsanordnung	903
a) Rechtlicher Rahmen	904
b) Anwendungsbereich der Europäischen Ermittlungsanordnung	905
c) Zuständigkeit	906
d) Erlass und Ausführung der Europäischen Ermittlungsanordnung	907
e) Rechtsschutz gegen die Europäische Ermittlungsanordnung	907
f) Verwertung	914
3. Eurojust	915
a) Zuständigkeiten und Aufgaben	915
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen von Eurojust	917
4. Europäische Staatsanwaltschaft	919
a) Zuständigkeit und Aufgaben	921
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Europäischen Staatsanwaltschaft	925
5. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (Office européen de lutte anti fraude – OLAF)	935
a) Zuständigkeiten und Aufgaben	936
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen von OLAF	939
III. Polizeiliche Zusammenarbeit	941
1. Rechtsschutz vor nationalen Gerichten	944
2. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union bei Rechtsakten nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	944
3. Europol	945
a) Zuständigkeit und Aufgaben	945
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen von Europol	948
c) Immunität von Europol und deren Personal	950
Sachverzeichnis	951